BEWEGUNG IN NAHOST

Fatach und Hamas verhandeln über eine gemeinsame Regierung. Das Vermittlerquartett trifft sich wieder, Washington plant ein Gipfeltreffen. Israel und Syrien sollen sogar ein geheimes Friedensabkommen vorbereitet haben. Die Elemente eines regionalen Ausgleichs liegen auf dem Tisch – wer fügt sie zusammen?

SYRIEN Präsident Assad will bei einem Friedensschluss nicht übergangen werden

Karte in einem großen Spiel

KARIN LEUKEFELD, Damaskus

Im Präsidentenpalast herrscht diplomatischer Hochbetrieb. Der historische Besuch des irakischen Präsidenten Talabani – nach einem Vierteljahrhundert Funkstille – war noch nicht vorbei, da landete schon eine Maschine mit Palästinenserpräsident Abbas auf dem internationalen Flughafen. Tags darauf empfing Präsident Baschar al-Assad den iranischen Atomunterhändler Laridschani. Wenig später saß ihm der libysche Botschafter gegenüber. Mit seinen diplomatischen Initiativen scheint Assad dem Westen vor allem eines vermitteln zu wollen: Ohne Syrien geht im Nahen Osten nichts.

Berichte über geheime Friedensverhandlungen zwischen Syrien und Israel passen zu dieser sichtbaren Rolle allerdings nicht. Offiziell werden sie als „haltlos“ zurückgewiesen. Die arabischsprachige Zeitung „Al-Thawra“ merkt an, ein Friedensabkommen setze die Bereitschaft Israels voraus, die Golanhöhen zurückzugeben, was aber nicht „in dunklen Geheimverhandlungen erreicht werden“ könne. Außerdem sei die amtierende israelische Regierung „nicht reif für den Frieden“.

Trotz Dementi und offizieller Nichtberichterstattung sind die Syrer dank Satellitenfernsehen und Internet bestens informiert. Die arabischen Sender Al-Dschasira und Al-Arabija haben den Bericht der israelischen Zeitung „Haaretz“ über zweijährige Geheimverhandlungen beider Staaten ebenso aufgegriffen wie der arabisch-iranische Sender Al-Alam und Al-Manar, der in Syrien populäre Fernsehkanal der libanesischen Hisbollah *(siehe unten)*.

Vom Iran überholt

„Alle beteiligten Regierungen haben die Treffen dementiert, also stimmt es“, meint ein syrischer Fernsehjournalist im privaten Hintergrundgespräch. Die einzelnen Punkte des Friedensplans hält er für wahrscheinlich. Die unterschiedlichen Vorstellungen über den Zeitrahmen, in dem das Ganze umgesetzt werden solle, zeigten allerdings, wie weit die Parteien auseinanderlägen. Während Israel laut „Haaretz“ seine Truppen in 15 Jahren vom Golan abziehen will, verlangt Syrien einen israelischen Truppenrückzug innerhalb der nächsten fünf Jahre. Der Journalist, der anonym bleiben möchte, äußert sich überzeugt, dass Präsident Assad zu einem Friedensschluss bereit ist. Die Entscheidung liege allerdings bei den USA, Syrien sei kein so bedeutender Faktor mehr in der Region wie noch zu Zeiten seines Vaters Hafis. Damals sei Syrien stark, der Iran aber schwach gewesen, heute sei es umgekehrt. Für die USA sei der Iran der wichtigste Spieler in der Region, zumal die amerikanischen Interessen weit über den Mittleren Osten hinaus nach Asien reichten, wo der Iran viel Einfluss habe. „Syrien ist kein Spieler, Syrien ist eine Karte“, lautet sein nüchternes Fazit.

Für den Palästinenser Samer hingegen ist Syrien einer der wichtigsten Akteure im Nahen Osten. „Ohne die Einbeziehung von Syrien wird der Teufelskreis der Gewalt nicht enden“, sagt er. Samer wurde in Damaskus geboren, seine Familie war 1948 von den Truppen der Hagana aus ihrer Heimat Tiberias vertrieben worden. Er lebt im Lager Jarmuk, einem Viertel von Damaskus, das 1956 von den Vereinten Nationen für 99 Jahre von der syrischen Regierung gepachtet worden war, um palästinensische Flüchtlinge unterzubringen. Damals war das Lager Jarmuk freies Feld und die Menschen lebten in Zelten der UN. Im Laufe der Jahre entstanden feste Häuser, aus den ursprünglich 50 000 Vertriebenen 1948 sind heute 500 000 Palästinenser geworden, rechtlich den Syrern weitgehend gleichgestellt.

Neben der Exilführung der Hamas residieren auch linke palästinensische Organisationen in Damaskus. „Die syrische Regierung hat ihre Bedingungen für einen Frieden mit Israel schon vor Jahren genannt“, sagt Saner. Für ihn ist wichtig, dass die UN-Resolution 194, das Recht auf Rückkehr für die Palästinenser, nicht missachtet wird. Syrien unterstütze die palästinensische Sache, das habe sich bei der Gesprächsvermittlung zwischen Hamasführer Chaled Maschal und Fatachführer Abbas deutlich gezeigt. Beide trafen am Wochenende erstmals seit dem Wahlsieg der Hamas vor einem Jahr in der syrischen Hauptstadt zusammen.

Die Vermittlung Assads zwischen Hamas und Fatach ist auch ein Signal an das Nahostquartett, Syrien bei künftigen Initiativen nicht außen vor zu lassen. In einem Interview mit der italienischen Tageszeitung „La Repubblica“ sagte der Staatschef kürzlich: „Wir können nicht allein handeln: Damit ein Ergebnis erzielt wird, müssen sich alle an den Verhandlungstisch setzen: wir, die Anrainerstaaten Israels . . ., die Uno, Europa.“ Die Palästinenser in Syrien vertrauten Assad, meint Samer, Syrien sei ihnen gegenüber immer großzügig gewesen. Dass in der Öffentlichkeit wenige Einzelheiten über politische Verhandlungen zu erfahren sind, findet er verständlich. „Immerhin herrscht noch Kriegszustand zwischen Syrien und Israel.“

Direkt neben dem Weißen Minarett in der Altstadt von Damaskus liegt Al-Miryamiya, die Marienkirche der griechisch-orthodoxen Gemeinde. Im Empfangszimmer von Bischof Ghattas Hasim hängen Bilder, die ihn mit Präsident Assad zeigen. Mit seinen vielen christlichen Kirchen und der muslimischen Bevölkerung sei Syrien eine starke, intakte Gesellschaft inmitten der Konfliktherde Irak, Libanon und Palästina. Es sei gut, wenn der Präsident mit Israel über den Frieden rede, sagt der Bischof. Verhandeln sei immer besser, als zu kämpfen. „Aber wir Syrer sind sehr, sehr misstrauisch, und Israel ist das auch.“

Strom der Flüchtlinge

So groß das Misstrauen der Syrer gegenüber Israel ist, so groß scheint ihr Vertrauen in ihren Präsidenten zu sein. Wen immer man fragt, jeder ist überzeugt, dass Entscheidungen in Sachen Krieg und Frieden und Verhandlungen mit Israel allein Sache des Präsidenten sind, und der mache seine Sache gut.

Das meint auch Adnan al-Akkad, dessen kleiner Laden neben der Omayyaden-Moschee, im Gewürzmarkt des Suk Hamadiye liegt. Akkad handelt mit Rosen- und Orangenwasser sowie Parfüms aller Art. Es ist noch früh am Morgen, und da nimmt er sich Zeit, über Politik zu sprechen. Ein junger Mann im schwarzen Mantel, der wenige Schritte entfernt dem Gespräch zuhört, stört ihn nicht. Hat er von dem Bericht gehört, dass Syrien und Israel miteinander verhandelt haben sollen? „Ja, ich habe es in den Nachrichten gehört, aber ob es stimmt, können wir nicht überprüfen“, sagt er. Alle Syrer wollten Frieden, im Libanon, in Palästina und im Irak. Von überall her kämen die Flüchtlinge, die Menschen seien müde vom Sterben und den Zerstörungen.

Ob Frieden mit Israel möglich sei? Herr Akkad verschränkt die Arme und reibt sich mit der rechten Hand nachdenklich das Kinn. „Nein, ich glaube es nicht“, sagt er schließlich. Israel und die Politik der USA seien schlecht, sie respektierten die Araber nicht. „Die Amerikaner sind für das alles verantwortlich, ihre Gier nach Öl ist endlos.“ Herr Akkad ist tiefgläubiger Muslim, das politische Chaos im Nahen Osten betrachtet er als Zeichen, dass das Jüngste Gericht nicht mehr fern sei. Politische Entscheidungen seien vergänglich, sagt er.

Und wer wird Recht sprechen am Jüngsten Tag? „Jesus“, antwortet der Parfümhändler, ohne zu zögern, und deutet mit dem Arm in Richtung der Moschee: „Vom Madchanat Isa, dem Jesus-Minarett, hier in Damaskus.“ ❑

AUSGLEICH GESUCHT: Geografisch sind die Entfernungen in der Region kurz, politisch aber riesig – Wegweiser auf den von Israel besetzten Golanhöhen.
Foto: Thomas Gutschker

FRAGEN AN . . .

Christian-Peter Hanelt:

„Das Quartett ernster nehmen“

RHEINISCHER MERKUR: *Am 2. Februar trifft sich das Nahostquartett. Was erwarten Sie?*
CHRISTIAN-PETER HANELT: Ich erwarte, dass die Spitzendiplomaten ihre Positionen abstimmen als Vermittler, als dritte Kraft im israelisch-palästinensischen Konflikt. Es geht zum einen darum, den Konflikt zwischen Hamas und Fatach so beizulegen, dass es wieder eine Regierung dort gibt. Zum anderen müssen beide Seiten in einen Verhandlungsprozess eingebunden werden.

Können EU, USA, Uno und Russland denn mit einer Stimme sprechen?

Unter den vier Parteien besteht Übereinstimmung, dass die USA die Führungsrolle innehaben, da sie über den größten Einfluss auf die Konfliktparteien verfügen. Sie können mit einer Stimme sprechen. Übrigens hebt auch der Baker-Hamilton-Report die Bedeutung des Quartetts hervor und ruft das Weiße Haus auf, sich intensiver im Nahostkonflikt zu engagieren.

FACHMANN: Christian-Peter Hanelt leitet das Projekt „Europa und der Nahe Osten“ der Bertelsmann-Stiftung.
Foto: RM

Präsident Bush ist Bakers Empfehlungen aber nicht gefolgt.

Trotzdem spielen sie eine Rolle im amerikanischen Entscheidungsprozess. Es ist viel bewusster geworden, wie eng die diversen Konfliktlagen – und damit auch die Zukunft des Irak – miteinander verwoben sind. Das neue Engagement des Weißen Hauses in Nahost ist auch getrieben von dem Wunsch, den iranischen Einfluss im Libanon und in den palästinensischen Gebieten einzudämmen. Das geht nur, wenn man das Quartett ernst nimmt.

Europa ist für direkte Kontakte mit dem Iran und Syrien, Bush nicht.

Die einzelnen Aufgaben können ja im Quartett an eines der vier Mitglieder verteilt werden. Es ist sinnvoll, Syrien und den Iran in konstruktives Konfliktmanagement im Nahen Osten einzubinden. Wie wichtig die Rolle Syriens ist, zeigt der Besuch von Palästinenserpräsident Abbas in Damaskus. Das Quartett sollte als vermittelnde Kraft über den Israel-Palästina-Konflikt hinaus thematische Verantwortung für die Konfliktlinien mit Libanon und Syrien tragen.

Die US-Außenministerin Rice hat ein Treffen mit Olmert und Abbas in Washington in Aussicht gestellt – ohne das Quartett.

So ein Spitzentreffen hätte mehr Symbolkraft, würde das Quartett Olmert und Abbas einladen und die Gespräche moderieren.

Wäre eine große Konferenz mit allen Akteuren der Region nicht besser?

Sie darf nicht zum Selbstzweck werden. Zuerst müssten sich die Konfliktparteien auf Kompromissfähigkeit vorbereiten. Wenn danach Israelis und Palästinenser Vereinbarungen träfen, können auch Libanon und Syrien in multilaterale Verhandlungen integriert werden.

Hamas-Führer Maschal hat Israel faktisch anerkannt – Zeit für direkte Gespräche mit der Gruppe?

Die Bedingungen, die das Quartett nach dem Wahlsieg der Hamas aufgestellt hat, haben Wirkung gezeigt. Wenn es eine Regierung von Fatach und Hamas gibt, kann das Quartett entscheiden, welche Partei mit Hamas-Ministern verhandelt, wenn es notwendig ist. ❑

Die Fragen stellte Thomas Gutschker.

ISRAEL Ministerpräsident Olmert ist schwer angeschlagen und zu größeren Initiativen unfähig

Pragmatisch gegenüber Schurkenstaaten

MICHAEL BORGSTEDE, Tel Aviv

Schon ein flüchtiger Blick auf die verfahrene Situation im Nahen Osten kann Diplomaten die gute Laune verderben. In den Palästinensergebieten herrscht fast ein Bürgerkrieg, der moderate Palästinenserpräsident Abbas verhandelt seit fast einem Jahr mit der Hamas über eine Koalition zwischen Fatach und Hamas – ohne nennenswerte Fortschritte. Auch auf israelischer Seite ist es um die politische Stabilität nicht besonders gut bestellt.

Nachdem Armeechef Dan Halutz wegen seiner Rolle im unglücklich verlaufenen Libanonkrieg seit einem halben Jahr im Kreuzfeuer der Kritik gestanden hatte, warf er das Handtuch. Seine „Auffassung von Verantwortung“ dränge ihn zum Rücktritt, schrieb er in einem drei Seiten langen Rücktrittsgesuch. Jetzt wird spekuliert, ob Halutz mit seiner Entscheidung einen Domino-effekt auslösen könne. Schließlich hatte er den Libanonkrieg nicht allein geführt.

Immerhin 85 Prozent der Israelis sind der Meinung, dass Verteidigungsminister Peretz sich die „Auffassung von Verantwortung“ des ehemaligen Armeechefs zu eigen machen und sein Ministerium räumen sollte. Um Ministerpräsident Olmert, der seit Monaten verzweifelt und weitgehend erfolglos um ein neues politisches Programm ringt, steht es in den Umfragen nicht viel besser. Zu allem Überfluss entschied der Generalstaatsanwalt nun auch noch, gegen Olmert eine strafrechtliche Untersuchung wegen Unregelmäßigkeiten bei der von ihm initiierten Privatisierung einer Bank einzuleiten. Es scheint, als seien die Konfliktparteien im Moment zu sehr mit sich selbst beschäftigt, als sich einem Friedensprozess widmen zu können.

Es wirkt deshalb geradezu erfrischend, wie positiv US-Außenministerin Condoleezza Rice die Situation im Nahen Osten heute sieht. Nachdem sie gegen Ende ihrer Nahostreise einen Vorschlag des Palästinenserpräsidenten Abbas nach inoffiziellen Sondierungsgesprächen über den endgültigen Status eines Palästinenserstaates geradezu begeistert unterstützt hatte, tischte sie den mitreisenden amerikanischen Journalisten ein hoffnungsvolles Szenario auf.

Die Situation sei in Wahrheit nämlich viel besser als zu Zeiten der Verhandlungen von Camp David im Sommer 2000. Abbas sei doch viel pragmatischer als der undurchsichtige Arafat, erklärte sie. Außerdem sei die Einbindung der Hamas in das politische System vielleicht gar keine solche Katastrophe. Ihre „Unfähigkeit zu Regieren“ habe die Terrororganisation dazu gebracht, sich einigen „sehr schwierigen Entscheidungen“ zu stellen, während sie zuvor einfach jedes mögliche Abkommen mit ihren Terroranschlägen verhindern konnte. Und schließlich, fragte die Außenministerin, glaube doch wohl niemand daran, dass Ariel Scharon und seine Likud-Partei vor sechs Jahren ein Abkommen zur Gründung eines Palästinenserstaates unterstützt hätten. Heute aber stünde die politische Klasse Israels vereint hinter der Idee einer Zwei-Staaten-Lösung.

Man mag den Enthusiasmus der Außenministerin für übertrieben halten, ganz Unrecht hat sie jedoch nicht. Sicher bleibt fragwürdig, ob mit Olmert und Abbas ausgerechnet zwei Führer Frieden schließen werden, die sich mehr schlecht als recht im Sattel halten. Dennoch ist die Ausgangslage kaum schlechter als vor Beginn der Intifada. So verwundert es auch nicht, dass Rice einen Vorschlag ihrer israelischen Kollegin Zipi Livni rundheraus ablehnte: Sie halte es für keine sinnvolle Idee, zuerst einen palästinensischen Staat in vorläufigen Grenzen zu gründen, sagte Rice. Die Verhandlungen über das vorläufige Staatsgebiet könnten sich komplizierter gestalten als jene über die endgültigen Grenzen. Nach Überzeugung der Außenministerin sind alle Parameter für eine angemessene Lösung des Nahostkonfliktes längst bekannt und müssen nur noch am Verhandlungstisch von mutigen Politikern kodifiziert werden.

Dass auch die Umrisse eines Friedensabkommens mit Israels nördlichem Nachbarland Syrien längst kein Geheimnis mehr sind, machte ein Bericht der Zeitung „Haaretz“ in der vergangenen Woche deutlich, der allerdings von beiden Regierungen entrüstet zurückgewiesen wurde. Israel soll demnach die Golanhöhen räumen, bekommt aber das alleinige Recht über das Wasser im See Genezareth und im Jordan. Das Grenzgebiet wird demilitarisiert, Syrien stellt seine Unterstützung der Hisbollah und der palästinensischen Terrororganisationen ein. Zudem soll auf einem großen Teil des Golan ein Park gegründet werden, den Israelis ohne Visa betreten können. Denn den Golan wollen immerhin 70 Prozent der Bevölkerung auch für einen Frieden mit Syrien nicht zurückgeben.

Die israelische Haltung im Umgang mit „Schurkenstaaten“ ist traditionell eher von Pragmatismus geprägt. Das amerikanische Weltdemokratisierungsstreben sah man in Jerusalem von Anfang an mit Besorgnis. Weder Ägypten noch Jordanien sind Bilderbuchdemokratien, doch vielleicht ließ sich gerade deshalb mit beiden Ländern ein verlässliches Friedensabkommen schließen. Schon Ariel Scharon versuchte Präsident Bush vergeblich davon zu überzeugen, dass die Demokratisierung der arabischen Länder erhebliche Risiken berge. Ein vertrauter Diktator ist der israelischen Regierung immer noch lieber als eine demokratisch legitimierte, aber womöglich fundamentalistische und unberechenbare Regierung. Der Wahlsieg der Hamas in den Palästinensergebieten hat diese Sichtweise nur noch bestärkt. ❑